

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) getan, sondern auf unterschiedliche Art und Weise.

Verlassen Sie sich aber darauf, dass wir das Thema nun beim Schopfe gepackt haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Laurenz Meyer: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Da die Landesregierung ihre Redezeit überzogen hat, frage ich, ob die Fraktionen Wert darauf legen, eine weitere Runde einzulegen, um dabei auf die Einlassung der Landesregierung zu reagieren. - Das ist nicht der Fall. Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, **schließe ich die Aktuelle Stunde.**

Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/400

erste Lesung - Einbringung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2000 bis 2004

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 13/401

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/402

erste Lesung - Einbringung

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur **Einbringung des Haushaltsgesetzes und der Mittelfristigen Finanzplanung Drucksachen 13/400 und 13/401** erteile ich Herrn Finanzminister Steinbrück das Wort.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor Ihnen liegt der Haushaltsentwurf für das Jahr 2001. Er ist der erste Haushalt in der neuen Legislaturperiode und - sieht man einmal vom Nachtragshaushalt für das Jahr 2000 ab - der erste Entwurf, für den ich als Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen zeichne.

Die Leitlinien für den Haushalt 2001 lauten:

1. Einnahmeverluste im Wesentlichen aus der Steuerreform mit ihrer Gültigkeit ab 01.01.2001 ohne große Brüche und ohne Erschütterungen im Gefüge des Landeshaushaltes zu verkraften;

2. Haushaltsdisziplin weiterhin zu wahren, d. h. die weggebrochenen Einnahmen nicht etwa durch eine Flucht in eine höhere Nettokreditaufnahme und damit in höhere Schulden zulasten des Landes und nachfolgender Generationen aufzuwiegen;

3. auch Weichenstellungen für strukturelle Haushaltsverbesserungen vorzunehmen, von denen ich überzeugt bin, dass wir sie in dieser Legislaturperiode erreichen müssen.

Vizepräsident Laurenz Meyer: Herr Finanzminister, darf ich Sie einmal ganz kurz unterbrechen. - Ich begrüße auf der Besuchertribüne eine Gehörlosengruppe. Bei ihnen ist eine Gebärdendolmetscherin, die die Rede des Finanzministers übersetzen bzw. transportieren wird. Ich wollte diese Gruppe ganz besonders begrüßen und hoffe, dass Sie der Debatte mit Interesse folgen können.

(Allgemeiner Beifall)

(C)

(B)

(D)

(Vizepräsident Laurenz Meyer)

(A) Herr Finanzminister, Entschuldigung für die Unterbrechung.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Das gibt mir dann vielleicht Veranlassung, etwas langsamer zu sprechen. Vielen Dank, Herr Präsident!

(Zuruf von der CDU: Ob Sie dann auch mit Ihrer Redezeit auskommen? - Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsident Laurenz Meyer: Ich hoffe, Sie haben verstanden, Herr Finanzminister. Ob Sie dann noch mit der Redezeit auskommen, ist Ihr Problem.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Ja, das könnte mich gegenüber meinem Kollegen Herrn Behrens in Verlegenheit bringen. Ihn habe ich schon einmal durch ein Überschreiten der Redezeit in Verlegenheit gebracht. Aber jeder zusätzliche Satz, den ich jetzt spreche, bringt mich diesem Ziel immer näher.

(B) (Allgemeine Heiterkeit)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung ist - dies ist eine banale Feststellung - seit fünf Monaten im Amt. Wenn ich die Sommerpause von eineinhalb Monaten davon abziehe, komme ich auf dreieinhalb Monate. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung in diesem Zeitraum in wichtigen Bereichen bereits Akzente gesetzt hat.

Die Landesregierung hat gehandelt, sie hat in dieser kurzen Zeit eine Reihe von Projekten auf den Weg gebracht. Sie hat die ernsthaften Themen des Landes aufgegriffen - und dies ohne Lärm und Dissonanzen.

Ich glaube, dass sich die Koalitionsarbeit qualitativ deutlich von dem unterscheidet, was wir in unseren Koalitionsverhandlungen gemeinsam beklagt haben. Ich weiß, dass dies für all diejenigen, für die eher personelle Querelen, Konfliktstoffe und politische Wettbewerbsereignisse interessant sind, wenig spektakulär ist. Ich würde gern auf eine Reihe von Beispielen hinweisen.

Erstens. Wir haben bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine gute Wegstrecke zurückgelegt und sind auch mit Blick auf die Zukunft auf einem guten Weg. Die Jugendarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen liegt zur Zeit bei 7,8 %, das sind 2 % weniger als im Oktober des letzten Jahres. Die zahlreichen Maßnahmen von Bund und Land tragen Früchte. Nennen möchte ich in diesem Zusammenhang nur die Landesinitiativen "Jugend in Arbeit" und "Jump", das Sofortprogramm des Bundes für arbeitssuchende Jugendliche.

Zweitens. Wir sind unserem Ziel, den Metrorapid möglichst schon zur Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2006 in Betrieb zu nehmen, sehr viel näher gekommen. Er ist konzeptionell vorangetrieben worden. Wir alle wissen, dass wir uns sehr ehrgeizige Pläne mit Blick auf die Abarbeitung offener Fragen im Rahmen einer Machbarkeitsstudie vorgenommen haben.

Die Gespräche über eine optimale Trassenführung, die mein Kollege Schwanhold mit den Oberbürgermeistern und den Ratsfraktionen der Kommunen führt, die an der Wegstrecke oder an der Trassenführung beteiligt sein können, haben begonnen. Auch dies wird mit Blick auf eine schnelle Realisierung zielführend umgesetzt werden.

Drittens. Die Projekt-Ruhr-GmbH hat ihre Arbeit aufgenommen und ist operativ im Geschäft tätig. Sie wird - das darf ich Ihnen für die Landesregierung in Aussicht stellen - sowohl für die strukturelle Entwicklung des Ruhrgebietes als auch darüber hinaus für die kulturelle Entwicklung des Ruhrgebietes ein entscheidendes Gewicht auf die Waagschale bringen und wesentlicher Motor sein.

Viertens: Maßregelvollzug. Herr Ministerpräsident Clement hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, dass die bestehenden Kapazitätsengpässe im Maßregelvollzug so schnell wie möglich beseitigt werden. Jeder weiß, dass das ein sehr schwieriges und ein sehr sensibles Thema ist, das von der Bevölkerung insbesondere in den betroffenen Kommunen sehr kritisch beobachtet wird.

Seit einer Woche liegt hierzu ein überzeugendes Gesamtkonzept meiner Kollegin Birgit Fischer vor, das finanziell - das möchte ich deutlich herausstellen - selbstverständlich unterfüttert ist und in den Folgejahren zu unterfüttern sein wird.

(C)

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Fünftes Beispiel ist der Bau- und Liegenschaftsbetrieb, den wir am 01.01. kommenden Jahres unter Segel bringen wollen. Wenn der Landtag in der Sitzung der nächsten Woche die dafür notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen schafft, glaube ich, dass Nordrhein-Westfalen auch in diesem Bereich der Modernisierung seiner Verwaltung bundesweit einen Bau- und Liegenschaftsbetrieb wird vorweisen können, der einmalig in seinem Zuschnitt und in seiner Bedeutung vor dem Hintergrund des in Rede stehenden Vermögens des Landes sein wird.

Sechstens. Auch die FFH-Richtlinie und die damit verbundenen offenen Fragen sind von der Landesregierung gelöst worden. Wir haben in einem schwierigen Prozess, den ich in seinen verschiedenen rechtlichen Unabwägbarkeiten nachvollziehen kann, Einvernehmen erzielt. Ich kann ihn deshalb nachvollziehen, weil ich in früherer Zeit als Verkehrsminister eines anderen Bundeslandes in einem Bundesverwaltungsgerichtsverfahren die Kollision zwischen einer FFH-Richtlinie und einer Bundesautobahn unmittelbar miterlebt habe.

(B) Ich will deutlich machen, dass sich dieses Einvernehmen auch durchaus darauf erstreckt, dass wichtige Infrastrukturprojekte nicht gefährdet werden. Die Verabredungen zur Realisierung dieser Verkehrsvorhaben stehen nicht in Zweifel.

Siebtens wichtiges Beispiel ist das Stiftungswesen. Nach der Ankündigung in der Regierungserklärung, das Stiftungswesen in Nordrhein-Westfalen auszubauen, haben wir bereits jetzt zwei Stiftungen neu gegründet. Die Stiftung für Nachwuchsförderung im Sport und die Stiftung Umwelt und Entwicklung sind auf den Weg gebracht. Die Stiftung Kunst und Kultur wurde erheblich aufgestockt. Dieser Prozess wird weitergehen.

Wir verzichten künftig auf die Erhebung von Gebühren zur Genehmigung gemeinnütziger Stiftungen. Das heißt, wir werden das neue, das novelierte bundesweite Stiftungsrecht in Nordrhein-Westfalen auch und gerade zur Ausweitung des Stiftungswesens nutzen. Ich will hinzufügen: Bundesweit verzeichnet Nordrhein-Westfalen die meisten Stiftungsgründungen.

Auch wenn ich damit noch einmal an die Debatte erinnere, die wir vorher geführt haben: Ich denke, das sehr umsichtige Verhalten der Umweltministerin, der Kollegin Höhn, in der BSE-Problematik

verdient eine besondere Herausstellung mit Blick auf die Arbeit, die in den letzten dreieinhalb Monaten geleistet worden ist. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2001 ist mit einem Gesamtvolumen von 93,3 Milliarden DM ein gewaltiges, ein umfangreiches Werk. Es ist der Größe und Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen auch angemessen. Wir sind eine der wirtschaftsstärksten Regionen in Europa, wir sind das bevölkerungsreichste Land, und wir haben in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Bundeshaushalt den zweitgrößten Etat.

Manchmal juckt es einen ja in den aktuellen Debatten, auch gegenüber dem Bund, sich in den Träumen zu ergehen, dass das Land Nordrhein-Westfalen vielleicht eine Unabhängigkeitserklärung unterschreiben könnte. Dann hätten wir es mit der Dimension zu tun, dass wir der sechstgrößte EU-Mitgliedstaat und die vierzehntgrößte Exportnation der Welt wären.

Im Zusammenhang mit den laufenden Debatten über eine mögliche Organisationsstrukturveränderung der Bundesbank würde ich gern darauf hinweisen, dass dann die Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen die fünftgrößte Zentralbank in der Europäischen Währungsunion wäre. Das sind die Gewichte, mit denen wir es zu tun haben, über die wir erstaunlicherweise eher bescheiden und zurückhaltend reden. (D)

Ein so umfänglicher und bedeutender Haushalt hat zur Folge, dass ich jetzt nicht zu allen Punkten des Haushaltsentwurfes Stellung nehmen kann. Ich werde nicht darum herumkommen, den Mut zur Unvollständigkeit und zur Unterlassung zu haben und mich deshalb im Wesentlichen auf Rahmenbedingungen und auf Kernpunkte zu konzentrieren. Ich bin mir ganz sicher, dass es anschließend trotzdem an dem Vorwurf nicht mangeln wird, was ich alles im Einzelnen ausgelassen habe.

Ich möchte zunächst auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingehen. Die konjunkturellen Aussichten in der Bundesrepublik Deutschland sind weiterhin günstig. Dieses Jahr werden wir es im Bundesgebiet mit einer realen Zuwachsrate von 3 % zu tun haben. Für 2001 geht die Bundesregierung in ihren aktuellen Projektionen von 2,75 % aus.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Diese insgesamt positiven Wachstumsaussichten wirken sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Der positive Trend auf dem Arbeitsmarkt, der bereits 1998 begonnen hat, setzt sich fort. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Durchschnitt des Jahres 2000 erstmals wieder auf das Niveau von 1994 mit 3,5 Millionen Arbeitslosen zurückfallen. Das ist immer noch eine beklagenswert hohe Zahl, aber der Trend ist erfreulich mit Blick auf den Abbau der Arbeitslosigkeit.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Dieser gesamtwirtschaftliche Aufwärtstrend erstreckt sich in vollem Umfang auch auf Nordrhein-Westfalen. Das reale Wachstum unseres Bruttoinlandsprodukts lag im ersten Halbjahr dieses Jahres bei 3,5 % und damit knapp über dem Bundesdurchschnitt, bezogen auf die alten Länder genau im Bundesdurchschnitt. Auch unsere Arbeitslosenzahlen gehen erfreulich zurück. Der günstige Konjunkturverlauf und die Arbeitsmarktprogramme des Landes zeigen Wirkung. Im Oktober 2000 waren fast 63.000 Arbeitslose weniger registriert als im entsprechenden Vorjahresmonat. Das ist ein Rückgang von 7,9 %. Tatsächlich bewegen wir uns aktuell auf dem Niveau des Jahres 1993.

(B) Besonders erfreulich, meine Damen und Herren, ist: Wir verzeichnen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt einen überdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen. In der Medien- und Telekommunikationsbranche unseres Landes sind inzwischen über 275.000 Menschen beschäftigt. Das Beschäftigungswachstum war dort in den vergangenen 15 Jahren dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Nordrhein-Westfalen ist das Zentrum der deutschen Telekommunikationswirtschaft. Ein Blick auf die Standorte Bonn mit der Deutschen Telekom und Düsseldorf mit Mannesmann/Vodafone reicht aus, um nur die Spitze des Eisbergs zu beschreiben.

Mehr als 10.000 Software-Unternehmen sind mittlerweile in Nordrhein-Westfalen ansässig. Sie erzielen einen Jahresumsatz von sage und schreibe 16,5 Milliarden DM und beschäftigen nach unseren Schätzungen ungefähr 100.000 Menschen. Das meiste Venture-Capital wird in Nordrhein-Westfalen investiert, nämlich 24 % des in Deutschland investierten Gesamtportfolios.

Das sind alles bemerkenswerte Leistungen. Sie korrespondieren mit Herbstumfragen, die die Wirtschaftsverbände oder einschlägige Kammern in Nordrhein-Westfalen vornehmen. Insofern ist die Einschätzung richtig, dass wir es im Augenblick zu tun haben mit einem Kurs, in dem die Landesregierung eine richtige und anerkannte Politik macht.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt weisen wir, glaube ich, deshalb im wirtschaftlichen und im arbeitsmarktpolitischen Umfeld in Nordrhein-Westfalen gute Ergebnisse auf. Ich weise deutlich darauf hin: Dies ist das Ergebnis einer Gemeinschaftsleistung, aber an dieser Gemeinschaftsleistung ist die Landesregierung auch nicht unbeteiligt.

Ich warte mit großer Dankbarkeit auf eine Debatte, die nach Möglichkeit nicht dem bisherigen Muster folgt: Für eine gute Wirtschaftsentwicklung ist die Wirtschaft zuständig oder Herr Eucken oder Herr Müller-Armack, aber für schlechte Wirtschaftsdaten eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung oder eine Bundesregierung. Das ist das bisherige Muster, nach dem die Opposition solche Debatten führt.

Was die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte und insbesondere des Haushaltes des Landes Nordrhein-Westfalen betrifft, muss man deutlich herausstellen, dass sie geprägt sind von den Steuerreformmaßnahmen, die von der Ebene des Bundes ausgehen. Das sind Steuerreformmaßnahmen, die wir alle immer gewollt haben und die wir alle immer begrüßt haben.

Sie sind mit erheblichen Entlastungen verbunden, wie Sie wissen. Das gilt etwa für die Personengesellschaften, wo mit Blick auf die Absenkung des Eingangsteuersatzes, die Erhöhung von Freibeträgen und auch die Absenkung des Spitzensteuersatzes erhebliche Entlastungen stattfinden werden. Wir haben es bei den Kapitalgesellschaften ab dem Jahr 2001 nur noch mit einem Definitivsteuersatz im Bereich der Körperschaftsteuer von 25 % zu tun. Unter Hinzufügung der Gewerbesteuer und des Soli kommen wir damit auf eine Definitivbesteuerung von ungefähr 38,6 %. Damit bewegt sich die Bundesrepublik Deutschland über diese Steuerreform plötzlich im besseren Mittelfeld von internationalen Partnern.

(C)

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Darüber hinaus wird die Tatsache, dass die Veräußerungen von Unternehmensanteilen, die Kapitalgesellschaften halten, keiner Besteuerung mehr unterliegen, zu einer deutlich höheren Mobilität von Anlagen suchendem Kapital führen und damit auch zu einer höheren Produktivität dieses Kapitals, das damit natürlich auch höhere Renditen erzielen will und wirtschaftliche Impulse geben wird.

Insbesondere auch für die Bürgerinnen und Bürger, die uns hier heute zuhören und diese Politik nachvollziehen können, ist noch einmal herauszustellen, dass diese Maßnahmen schon im Jahr 2001 Entlastungen von rund 45 Milliarden DM ergeben werden, die sich bis zum Jahr 2005 auf 62 Milliarden DM aufbauen. Das bedeutet Entlastungen für die privaten Haushalte und damit auch für die Lohn- und Gehaltskonten der Menschen in der Dimension von 32 Milliarden DM, für die mittelständischen Unternehmen in Höhe von 23 Milliarden DM und für die Großunternehmen von 7 Milliarden DM.

Es lässt sich leicht nachweisen, dass die Behauptungen, diese Reform würde nur in erster Linie die Konzerne entlasten, definitiv falsch sind.

- (B) (Beifall bei SPD und GRÜNEN - Edith Müller [GRÜNE]: Das muss einmal gesagt werden!)

Es gibt viele, die offenbar mit Haushalts- und Steuerstatistik wenig im Sinn haben oder sich fragen: Warum soll ich mir meine Vorurteile durch Fakten durcheinander bringen lassen?

Ich weise im Übrigen darauf hin, dass die Steuerrealitäten für den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen ganz anders aussehen, als manchmal in Debatten dieses Hauses dargestellt. 85 % der mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen haben es mit einem jährlich zu versteuernden Ergebnis von unter 100.000 DM zu tun. Für die ist eine Spitzensteuerdebatte, wie wir sie manchmal geführt haben, völlig irrelevant gewesen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Für die ist es wichtig gewesen, dass der Eingangsteuersatz gesenkt wird, dass in der Tat die Freibeträge hochgesetzt werden und dass sich der Tarifverlauf ändert und damit ihre individuelle Durchschnittsbesteuerung günstiger wird. Ihnen

- hilft keine Debatte, wie wir sie manchmal eher (C) interessengebunden vorgeführt haben.

Ich will darauf hinaus, dass wir im Vermittlungsausschuss und auch vorher zusätzlich für den Mittelstand - nicht zuletzt auch auf Drängen des Ministerpräsidenten - eine Reihe weiterer Komponenten eingebracht haben. Ich will erinnern an die Wiedereinführung eines modifizierten Mitunternehmererlasses. Ich will insbesondere hinsichtlich der Bemühungen des Ministerpräsidenten in Berlin daran erinnern, dass der halbe Steuersatz für Betriebsveräußerungen bei Personengesellschaften nicht zuletzt und gerade auch mit Blick auf die Handwerker und Gewerbetreibenden wieder eingeführt wird nach dem Motto: "Das ist deren Altersversorgung."

(Beifall bei der SPD)

Durch die Steuerentlastung steht für Verbraucher und Unternehmen sehr viel mehr Geld zur Verfügung. Die Zahlen habe ich genannt. Der private Konsum wird endlich gesteigert. Ich füge in Parenthese hinzu: Die positive Konjunkturentwicklung, die wir im Augenblick in Deutschland haben, ist im Wesentlichen von Auslandseinflüssen und von der Auslandsnachfrage abhängig, während wir für die inländische Nachfrage sehr viel mehr machen müssen und mit dieser Steuerreform ja auch tun. Der Investitionsstandort Bundesrepublik Deutschland wird deutlich gestärkt. Wir werden deshalb Rahmenbedingungen haben, von denen ich erwarte, dass sie einen weiteren Schub für die positive Konjunkturentwicklung darstellen.

(D) Ich weiß, dass es einige Vertreter gibt, die sagen, über einen solchen Nachlass von Steuereinnahmen würden ja auch Motoren, Akzelleratoren - von mir aus auch ein Turbogenerator - in Gang gesetzt, wodurch die Steuermindereinnahmen im Verhältnis 1 : 1 wie Manna vom Himmel wieder zurückrieseln. Der Punkt ist: Keiner weiß genau wann und wie viel. Und ein Finanzminister, ein Haushaltsminister ist nach wie vor in dem Obligo, jährlich einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Deshalb kann ich mich hier nicht auf irgendwelche Wünsche, Hoffnungen, Aussichten einlassen, von denen keiner weiß, wann sie mit welchen Früchten wirklich eingefahren werden können.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Ich will abschließend dazu sagen: Ich bin sonst vorsichtig mit Superlativen. Aber hier ist der Superlativ berechtigt: Wir haben es mit der größten, umfangreichsten und weitgehendsten Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 zu tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es sind Sozialdemokraten und Grüne gewesen, die diese Steuerreform auf den Weg gebracht haben. Ich freue mich, wie schnell das von Sozialdemokraten und von Grünen auf den Weg gebracht worden ist, nicht von der CDU/CSU. Es ist erstaunlich, Herr Kollege Diegel, wie schnell allerdings auch die Rückwirkungen dieser Steuerreform auf die öffentlichen Haushalte buchstäblich in Vergessenheit geraten sind bzw. konsumiert werden.

Damit bin ich bei den Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Denn diese Steuernachlässe zugunsten der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen - alle hochgradig begrüßenswert - sind nicht umsonst zu haben, sondern sie haben eine Kehrseite. Und die Kehrseite der Medaille lautet, dass sich dies alles auf die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte auswirkt, und zwar sowohl der Kommunen wie natürlich auch der Landeshaushalte und damit auch auf Nordrhein-Westfalen. Diese für die Steuerzahler allemal erfreulichen Reformen stellen die öffentlichen Haushalte vor erhebliche, ja vor gewaltige Probleme, die in vielen öffentlichen Debatten, auch im Medienbereich, in meinen Augen erstaunlich unterschätzt werden.

(B) Dies hat auch die Steuerschätzung Anfang November noch einmal gezeigt. Zwar hat der Arbeitskreis seine Einnahmeerwartungen für das laufende Jahr um 9,5 Milliarden DM angehoben; im Jahre 2001 aber überlagern die Mindereinnahmen aus der Steuerreform die positiven Schätzabweichungen bereits um 5,3 Milliarden DM. Per saldo wurde die Steuerschätzung für das Jahr 2001 gegenüber dem Mai dieses Jahres um 41,6 Milliarden DM bundesweit zurückgenommen. Das korrespondiert ziemlich lupenrein mit den entsprechenden Entlastungseffekten für die Bürgerinnen und Bürger.

Diese Ergebnisse werden auch durch unsere internen Schätzungen bestätigt. Mit dem Nachtrag für das Jahr 2000 hatte ich im Namen der Landesregierung den Steueransatz für das laufende

Haushaltsjahr um 750 Millionen DM erhöht und damit auch die verbesserte Einnahmentwicklung der letzten Monate berücksichtigt. Dieser Ansatz ist weiterhin realistisch, wie ich deutlich hervorheben möchte.

Im Nachtrag haben wir unter anderem die erwarteten zusätzlichen Einnahmen der allgemeinen Rücklage zugeführt. Sie hilft, die Einnahmeausfälle im Jahre 2001 abzufedern. Herr Diegel, weil ich Sie gerade fixieren darf: Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie nicht zum dritten Mal dieselben Argumente und dieselben Bedenken gegen diese Bildung der Rücklage hervorheben, nachdem ich Ihnen alle Argumente geliefert habe, warum das sehr vernünftig ist. Vielleicht können wir da ein kleines Agreement schließen. Ihre Argumente sind ja durch den Zeitablauf nicht besser geworden.

Aber ich gebe zu: Für die weiteren Stufen der Steuerreform ist weiter Vorsorge zu treffen. Ich rede nicht nur über diese Rücklage, die wir dringend brauchen, weil - ich lege das ganz freimütig offen - uns der Haushalt 2001 aus dem Ruder gelaufen wäre. Es ist hinzuzufügen, dass wir bei der Ermittlung des Steueransatzes für den Haushalt 2001 sowohl eine Basisverbesserung als auch die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen berücksichtigen müssen. Konkret heißt das: Wir müssen nächstes Jahr mit einem Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber 2000 um 3,3 % rechnen.

Das ganze Ausmaß dieses Rückgangs wird deutlich, wenn man den Steueransatz für 2001 mit dem Ansatz der letzten mittelfristigen Finanzplanung vergleicht: Zwischen diesen beiden Ansätzen klafft eine Lücke von 4,8 Milliarden DM. Diese Lücke ist im Wesentlichen zu erklären durch die von mir häufig vorgetragenen 5,5 Milliarden DM Mindereinnahmen aus den Steuerrechtsänderungen. Auch hier liegen wir auf der Linie der Steuerschätzung. Ich hoffe, wir sind auf der richtigen, auf der sicheren Seite.

Denn eines ist ziemlich klar: Die Risiken für Steuerschätzungen generell haben sich deutlich erhöht. Neben den strukturell weit gehenden Steuerrechtsänderungen erschweren zunehmend Sonderentwicklungen die Schätzung, etwa die gewachsene Zahl von Unternehmenszusammenschlüssen und die damit abrupt drohenden Veränderungen der Standorte, an denen die Steuern gezahlt werden, und selbstverständlich auch die zuneh-

(C)

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

(A) menden internationalen Verflechtungen. Mannesmann/Vodafone ist da ein neues Stichwort am Standort Düsseldorf, das Ihnen ein Indiz dafür sein mag. Das bedeutet für mich, für die Verwaltung, dass es eine riesige Aufgabe ist, diesen schnellen Änderungen Rechnung zu tragen.

Ich muss hinzufügen, dass es weitere erhebliche Einnahmerisiken gibt, die bisher so nicht im Haushalt 2001 Berücksichtigung gefunden haben und auch nicht in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die Stichworte sind schnell genannt: zunächst die Rentenreform mit Blick auf die damit verbundene öffentliche Förderung der privaten Vorsorge. Ab dem Jahr 2003 werden wir es bereits mit Mindereinnahmen von 2,5 Milliarden DM zu tun haben. Das wird sich steigern. In der Endstufe 2008 schätze ich Steuermindereinnahmen für alle Gebietskörperschaften in der Dimension von 20 Milliarden DM, davon ungefähr 9 Milliarden DM Bund und 11 Milliarden DM Länder und Kommunen.

Ich will da nicht missverstanden werden: Ich bin für die Rentenreform, insbesondere auch mit Blick auf die Förderung der privaten Vorsorge. Ich denke, dass man die Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung anders gar nicht bewältigen kann, wenn man den ungeheuren Druck auf die Rentenkassen nicht weiter erhöhen will. Aber wir müssen uns in diesem Zusammenhang bereits heute darüber klar werden, dass uns in den nächsten Jahren erhebliche Steuerausfälle beschäftigen werden.

(B)

Zur künftigen Besteuerung der Altersversorgung wissen Sie so gut wie ich, dass wir - wie das hypnotisierte Kaninchen auf die Schlange blickt - auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts warten. In diesem Zusammenhang stehen Forderungen nach Steuersenkungen von - halten Sie sich fest! - 50 Milliarden DM in Rede. Demgegenüber muten weitere Risiken geradezu als bewältigbar an, obwohl sie das nicht sind. Ich will auf die zweite Stufe der Familienförderung hinweisen, die zu Mindereinnahmen in Höhe von 1 Milliarde DM führen kann. Ich will darauf hinweisen, dass aus den Regelungen zur NS-Zwangsarbeiter-Entschädigung die Unternehmen ihre Zahlungen - insgesamt 5 Milliarden DM - steuerlich absetzungsfähig machen werden, insbesondere auch in Nordrhein-Westfalen.

Ich will an die Steuerausfälle über die steuerliche Absetzungsfähigkeit der UMTS-Lizenzzahlungen

erinnern. Auf das leidige Thema der Entfernungspauschale will ich schon gar nicht mehr zu sprechen kommen, weil sich die in Rede stehenden 250 Millionen DM demgegenüber deutlich abheben. Aber sie bereiten uns Probleme.

Eher im Exkurs will ich hinzufügen: Es geht nicht darum, gegenüber dem Bund besonders bockbeinig und starr zu sein, sondern eine Mehrbelastung von 250 Millionen DM in den Gesamtzusammenhang unserer haushaltspolitischen Zwänge zu stellen, die ich gerade zu erläutern versuche.

Wir sind deshalb in einer Situation, in der der Haushalt, der jetzt vorgelegt wird, schon im Jahre 2001 von erheblichen Risiken erfasst werden kann, die wir in unseren weiteren Beratungen berücksichtigen, jedenfalls nicht ignorieren sollten. Wir bekommen nach Lage der Dinge ab dem Jahre 2002 weitere Maßnahmen ins Haus geweht, die sich unmittelbar auf der Einnahmenseite des Landeshaushaltes abbilden werden.

Was die Ausgabenseite betrifft, können wir diese Mindereinnahmen nur unter der Bedingung verkraften, den Konsolidierungskurs im Rahmen des Landeshaushaltes strikt fortzusetzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nur wenn wir sinnvoll sparen, können wir hinterher auch wieder gestalten und müssen uns nicht von Jahr zu Jahr durchhangeln; nur auf diesem Wege gewinnen wir eine mittelfristige Perspektive für die nächsten Jahre. Deshalb hat die Haushaltskonsolidierung höchste Priorität. Konkret haben wir, die Koalition, uns vorgenommen, bis zum Jahre 2005 die Neuverschuldung am Kreditmarkt auf knapp unter 5 Milliarden DM zu senken. Das ist aus der Sicht von vielen ein nicht sehr ehrgeiziges Ziel, aber ich sage Ihnen: ein sehr realistisches Ziel, wenn man andere Länderhaushalte - egal, welchen politischen Feldpostzeichen diese folgen - betrachtet. Ich rate jedenfalls gerade mit Blick auf die Entwicklungen, die ich vorhin beschrieben habe, dazu, kein irreales Ziel zu beschreiben, wie das vielleicht 1995 einmal stattgefunden hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine solche Haushaltskonsolidierung und eine solche Abnahme der Nettokreditaufnahme bedeuten, dass uns erhebliche Anstrengungen abverlangt werden. Die föderale Aufgabenverteilung bringt es nun einmal mit sich, dass der Landes-

(C)

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

(A) haushalt oder die Länderhaushalte insgesamt durch große Ausgabenblöcke geprägt - man kann auch sagen: verkarstet - sind, die nur sehr schwer und schon gar nicht in einem großen Handstreich oder über irgendeinen Königsweg zu verändern sind. Trotzdem müssen wir uns der Aufgabe stellen, strukturelle Verbesserungen zu erzielen, um schlicht und einfach Spielräume für neue Maßnahmen zu gewinnen.

Der größte Block sind unabweisbar die Personalausgaben. Für diejenigen, die sich in der Haushaltsstatistik nicht so gut auskennen, will ich darauf hinweisen, dass sich ein Konsolidierungshaushalt für den Bund mit einer Personalausgabenquote von 15 % ganz anders darstellt als ein Konsolidierungskurs für einen Landeshaushalt, der es mit einem Personalausgabenblock von über 40 % zu tun hat. Wenn man die Leute nicht auf die Straße setzen oder betriebsbedingte Kündigungen aussprechen will, sondern nur im Rahmen der normalen Fluktuation in der Lage ist, Spielräume für Einsparungen zu finden, ist der Personalabbau im öffentlichen Dienst ausgesprochen schwierig.

(B) Die meisten hoheitlichen und personalintensiven Bereiche liegen in der Zuständigkeit der Länder. In Nordrhein-Westfalen entfallen über 93 % der gesamten Personalausgaben auf die Bereiche Schule, Hochschule, innere Sicherheit, Justiz und Finanzverwaltung, also insgesamt auf Bereiche, in denen bei jeder Gelegenheit und von allen Seiten dieses Hauses zusätzliche Stellen gefordert werden.

Allein wenn ich die heutige Presseschau sehe und mir vergegenwärtige, dass die CDU davon redet, dass 8.000 neue Lehrerstellen bis zum Jahre 2005 gefordert werden sollen, halte ich für bemerkenswert, weil sie nicht auch die damit verbundenen Belastungen mitliefern. Wir reden dann nämlich über zusätzlich 800 Millionen DM und die damit verbundenen Versorgungsansprüche.

Es stellt sich die Frage, ob man bezüglich des unabweisbaren Bedarfs nicht auch zu etwas flexibleren und fantasievolleren Lösungen kommen kann, als nur reflexartig in der Kategorie von zusätzlichen Stellen zu reden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dies sage ich generell: Mir ist das etwas zu fantasielos und etwas zu arm, insbesondere wenn ich

(C) die Versorgungslast berücksichtige, die uns eines Tages, ab dem Jahre 2010, wie das Ungeheuer von Loch Ness anspringen wird. Von Ihnen ist in einem sehr rituellen Schlagabtausch immer nur zu hören, dass Sie für das nächste Jahr 2.000 Stellen und insgesamt für diese Legislaturperiode 8.000 Stellen verlangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann sagen Sie dem staunenden Publikum auch, dass diese 8.000 Stellen für das Land 800 Millionen DM zusätzlich im Haushalt bedeuten. Dabei habe ich noch nicht einmal die Versorgungsansprüche, die sich dann legitimerweise für diese Beschäftigten ergeben, mit etatisiert.

Wir müssen die Personalausgaben zurückführen; denn der Personalhaushalt stellt auch in den nächsten Jahren mit 38,5 Milliarden DM - einschließlich der Beihilfe und der gerade von mir genannten Versorgungsbezüge - den größten Ausgabenblock dar. Sein Anteil an den Gesamtausgaben beträgt im Augenblick über 41 %. Er wird im nächsten Jahr, wie ich zu meiner Schande zugeben muss, steigen. Aber es ist aussichtslos gewesen, schon im nächsten Jahr zu einer Absenkung unter 41 % zu kommen.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Wo ist jetzt eigentlich die Landesregierung?)

- Sie kennt meine Ausführungen sehr genau, weil ich sie im Kabinett schon dreimal vorgetragen habe.

(Heiterkeit - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ich finde, wenn Sie hier den Haushalt der Regierung präsentieren, hat die Regierung hier zu sein!)

- Herr Möllemann, ich habe da keine Schwierigkeiten mit meinem Selbstbewusstsein.

(Heiterkeit - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ich finde, wir haben ein Recht darauf, die Regierung zu sehen! - Gegenruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement: Nein, das haben Sie nun wirklich nicht! Ich kann vom Parlament auch nicht erwarten, dass alle Abgeordneten hier sind!)

Statt auf die Präsenz der Landesregierung werde ich jetzt auf das wichtige Thema der Personalsteuerquote zu sprechen kommen. - Die Personalsteuerquote steigt natürlich; aber das ist banal.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Wenn gleichzeitig die Steuereinnahmen wegbrechen, ist das ein einfaches Rechenexempel. Sehr viel ernster zu nehmen als dieser Mechanismus bei der Personalsteuerquote ist aber der Hinweis: Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir nach unseren Berechnungen im Jahre 2020 jede dritte Mark im Personalhaushalt für Versorgungsbezüge der heute Beschäftigten ausgeben müssen.

Aus diesen Zwängen heraus wird es deshalb mit dem Jahr 2001 nicht nur anzustreben, sondern auch zu realisieren sein, dass die Zahl der Personalstellen um ungefähr 3.800 auf dann 339.000 Stellen zurückgeführt wird. Gegenüber dem Haushalt 2000 entspricht dies immerhin einem Rückgang von 1,1 %. Das ist mit dauerhaften Einsparungen im Landeshaushalt von 380 Millionen DM verbunden.

Ich gebe zu: Dieser Stellenrückgang kann nur ein erster Schritt sein. Zur dauerhaften Konsolidierung des Personalhaushalts hat die Landesregierung eine weitere Abfolge von Beschlüssen gefasst, die ich jetzt aus Zeitgründen nicht im Einzelnen vortragen will und kann, die aber insbesondere darauf hinauslaufen, am Stellendeckungsprinzip festzuhalten, das heißt, zusätzliche Stellen nur zu etatisieren, wenn entsprechend an anderer Stelle äquivalent Stellen wegfallen. Mit Blick auf die Funktion der Personalagentur und ihre Kompetenz müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir bei der Realisierung der ausgewiesenen kw-Stellen weiterhin präzise vorgehen und nach Möglichkeit vorzeitige Erfolge erschließen.

(B)

Weitere große Ausgabenblöcke, meine Damen und Herren, sind dann natürlich das Gemeindefinanzierungsgesetz - darauf wird gleich der Kollege Behrens eingehen - und auch die Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs sowie der Schuldendienst, den wir zu tragen haben.

Mit Blick auf den Länderfinanzausgleich ist darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung massiv darum bemüht ist, nordrhein-westfälische Interessen in die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs einzubringen.

Bezüglich einer akuten Debatte, die man manchmal vom Bund aufgedrängt bekommt, werfe ich an dieser Stelle vielleicht etwas flapsig in die Debatte: Als Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen bin ich sofort bereit, die Kohlebeihilfen ab dem Jahre 2006 vollständig in den Landes-

haushalt zu übernehmen, wenn ich dafür nicht mehr eine einzige Mark in die verschiedenen Systeme der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und der Länderfinanzbeziehungen zahlen muss. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Davon gebe ich den Kommunen des Landes die Hälfte ab.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie bei dieser Lösung mithelfen würden, und zwar über alle Fraktionsgrenzen hinweg, wären wir einen entscheidenden Schritt vorangekommen.

Meine Damen und Herren, trotz dieser Festlegungen ist es dem Kabinett gelungen, an bestimmten wichtigen Schwerpunkten weiter festzuhalten. Zählt man die bereits genannten Ausgabenblöcke zusammen - den Personalhaushalt, das GFG, die Zinsausgaben und den Länderfinanzausgleich -, dann muss man feststellen, dass allein diese Positionen 70 % der Gesamtausgaben ausmachen und es deshalb umso schwieriger ist, mit Blick auf weitere, darüber hinausgehende vertragliche oder sogar gesetzliche Verpflichtungen überhaupt noch Dispositionsspielräume für eine Schwerpunktsetzung zu erschließen. (D)

Das macht in der Tat die politische Gestaltungsarbeit sehr schwer. Ich gebe zu, dass wir daran in den kommenden Haushalten ab 2002/2003 sehr viel strategischer herangehen müssen, als uns dies bei dem ersten Haushalt für die neue Legislaturperiode gelungen ist.

Trotzdem möchte ich gerne auf vier wichtige Schwerpunkte eingehen:

Erstens. Förderung von Wirtschaft und Infrastruktur.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Interessanter Hinweis!)

Es bleibt eines der wichtigsten Ziele und Anliegen der Landesregierung, behilflich zu sein bei der Schaffung neuer und zusätzlicher Arbeitsplätze sowie auch bei der sozialverträglichen Gestaltung des Strukturwandels. Dies bildet sich ab insbesondere in dem so genannten Ziel-2-Programm, bei der Gemeinschaftsaufgabe Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und bei der Landesaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Eine der wichtigsten Aufgaben ist und bleibt es, den Strukturwandel im Ruhrgebiet voranzubringen. Zur Begleitung und auch zur Steuerung dieses Prozesses hat die Landesregierung die Projekt Ruhr GmbH gegründet. Sie hat sie auch mit Ressourcen ausgestattet. Trotz knapper Mittel erhält diese Gesellschaft neben einem Startkapital von 30 Millionen DM ab dem Jahr 2001 jährlich 15 Millionen DM zur Gestaltung dieser Aufgabe. Das, was dann zusätzlich durch weitere Projekte und Projektmittel auch aus den Einzelplänen unterfüttert werden muss, bedingt auch Eigenanstrengungen der Kommunen bzw. der Wirtschaft.

Zweitens. Die Förderung des Arbeitsmarktes nimmt denselben Rang ein wie die Förderung der Wirtschaft und der Infrastruktur. Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden in Nordrhein-Westfalen von 1990 bis 2000 ca. 7,3 Milliarden DM bereitgestellt. Gezielte Prioritätensetzungen sind dabei immer die Ziele meiner Kollegen gewesen.

Waren 1990 noch 258 Millionen DM für Arbeitsmarktprogramme ausreichend, so wird das Land einschließlich des EU-Anteils im Jahre 2001 über 750 Millionen DM bereitstellen. Einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen von über 500 Millionen DM steht damit im kommenden Jahr für die Förderung des Arbeitsmarktes ein Ermächtigungsrahmen von nahezu 1,3 Milliarden DM zur Verfügung. Das sind trotz der obwaltenden Herausforderungen für den Haushalt 100 Millionen DM mehr als für das Jahr 2000.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Drittens nenne ich Bildung und Wissenschaft. Auch im Bildungsbereich setzt die Landesregierung weiterhin einen zentralen Schwerpunkt. Bildungsausgaben sind zwar in der Terminologie des Haushaltsrechts durchweg konsumtive Ausgaben, aber ich denke, wir sind uns alle einig, dass sie in der Wirkung Investitionen in und für die Zukunft sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Schulbereich wird der Gesamtstellenrahmen von über 141.000 Lehrerstellen auch im kommenden Jahr zur Verfügung gestellt. Damit ist völlig klar: Jeder ausscheidende Lehrer wird ersetzt.

Das Abitur nach zwölf Jahren wird ermöglicht. Das bewährte Programm "Geld statt Stellen" sowie der neu installierte Vertretungspool an Grundschulen werden mit 260 Millionen DM bedient. Die Mittel für die Anschlussbeschäftigung der Lehramtsanwärter werden um mehr als 200 % erhöht, und zwar auf 52,3 Millionen DM. Die 2.000 Vorgriffseinstellungen wurden langfristig bis zum 1. August 2006 - also immerhin für fünf Jahre - verlängert. Das gibt Planungssicherheit.

(C)

Eines will ich nicht vergessen: Die den Schulen eingeräumte Möglichkeit, Unterrichts- und Bildungsangebote flexibler zu gestalten, kann durch die Aufstockung auf einen Betrag von bis zu 30 Millionen DM noch umfassender als bisher genutzt werden.

Was die Hochschulen betrifft, meine Damen und Herren, so wissen Sie, dass bei den nordrhein-westfälischen Hochschulen inzwischen ein Umstrukturierungsprozess angelaufen ist. Mit dem Haushalt 2001 sind im Rahmen des Qualitätspaktes einerseits Stellen eingespart worden, andererseits aber hat das Land den Hochschulen mit dem Innovationsfonds gezielt Mittel in Höhe von 60 Millionen DM für die Förderung innovativer Vorhaben zur Verfügung gestellt.

(D)

Mit dem Multimedia-Landesprogramm sollen die Hochschulen auch auf dem zukunftssträchtigen Gebiet der virtuellen Netze fit gemacht werden.

Ich will schließlich an das Sofortprogramm zur Weiterentwicklung des Informatikstudiums erinnern, das in Nordrhein-Westfalen sehr gute Ergebnisse zeitigt. Flankiert werden diese Maßnahmen durch die Zukunftsinitiative "Netzwerk für Bildung Nordrhein-Westfalen", mit der eine landesweite Kommunikationsinfrastruktur zwischen den Bildungseinrichtungen erreicht werden soll. Sie wird mit 14 Millionen DM fortgesetzt.

Die Landesregierung hat die begründete Hoffnung, dass wir schon in den nächsten Jahren mit der Einrichtung von so genannten Excellence-Centern für besonders leistungsstarke Graduierte und Doktoranden vorankommen. Richtig ist, dass die Finanzierung nur aus Veräußerungsgewinnen aus Landesbeteiligungen und Landeseigentum erfolgen kann, aber es sind durchaus intelligente Möglichkeiten einer Vorfinanzierung denkbar, um die-

(Minister Peer Steinbrück)

(A) se wichtigen Einrichtungen zeitiger auf den Weg zu bringen als erst gegen Ende der Legislaturperiode.

Viertens. Als abschließenden Schwerpunkt, meine Damen und Herren - immer mit dem Mut zur Lücke -, will ich die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie hinzufügen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Zu den Politikschwerpunkten im Landeshaushalt zählt dieses Thema. Zurzeit werden in Nordrhein-Westfalen rund 548.000 Kindergartenplätze, fast 43.000 Hortplätze und rund 11.000 Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren gefördert. Mit dem Haushalt 2001 können darüber hinaus 1.600 neue Kindergartenplätze schrittweise geschaffen werden. Der Ausbaustand Ende 2001 wird dann über 549.000 Kindergartenplätze betragen.

In dieser Legislaturperiode sollen insgesamt weitere Plätze eingerichtet werden, um bei kurzfristigen regionalen Bedarfsverschiebungen helfen zu können; dies will ich deutlich bekunden. Dabei soll allerdings verstärkt auf alternative Finanzierungsarten, wie beispielsweise auf Investorenmodelle oder auf Anmietungen, zurückgegriffen werden. Im Landesdurchschnitt ist der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bei einer Versorgungsquote von rund 100 % erfüllt. Diesen Grad haben wir fast erreicht.

(B)

Aufgestockt werden müssen außerdem die Mittel für Betreuungsangebote für schulpflichtige Kinder. Sie wissen, dass es eines der großen, zentralen Vorhaben dieser Koalition ist, beim flächendeckenden Angebot von Ganztagsbetreuungsstellen bis zum Ende dieser Legislaturperiode einen Durchbruch zu erzielen. Ich will hinzufügen, dass dies der einzige Bereich ist, bei dem sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt haben, zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen, für das nicht automatisch Deckung angeboten werden muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich will allerdings auch daran erinnern, dass die zweite Säule, die herangezogen wird, um dieses ehrgeizige Vorhaben zu finanzieren, in der Fortführung der jetzt etatisierten Mittel besteht. Das ist, wenn Sie so wollen, ein Selbstgänger - mit

voller Unterstützung auch des Finanzministers. Die dritte Säule, um die es hier geht, sind die Einsparungen, und zwar sowohl bei Betriebskosten wie auch bei Investitionskosten im GTK-Bereich. Die dafür notwendigen Spielräume müssten sich allerdings aus der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren ergeben. Ich bitte, diesen Dreizack bei den weiteren Erörterungen über die Finanzierung des Ausbaus der Ganztagsbetreuung in Nordrhein-Westfalen im Visier zu behalten. (C)

Meine Damen und Herren, für den vorgelegten Haushaltsentwurf hat es erheblicher gemeinsamer Sparanstrengungen aller Ressorts bedurft. Das war nicht leicht. Ich bin dankbar dafür, dass meine Ressortkollegen es mir nicht allzu schwer gemacht haben. Die Disziplin war besser, als ich gemessen an den ursprünglichen Erwartungen und Ansprüchen gedacht hatte.

(Beifall der Edith Müller [GRÜNE] - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Deshalb sind die jetzt auch alle hier!)

- Wenn Sie ins Plenum blicken, werden Sie weitere Kabinettskollegen sehen, Herr Kollege Möllemann.

Wir haben an einigen Stellen in der Tat absolute Einsparungen vorgenommen. Die 380 Millionen DM im Personalbereich habe ich genannt. Die Wasserwirtschaft ist ein weiterer Bereich, in dem eingespart wird. Auch der Verkehrsbereich nimmt an der einen oder anderen Stelle absolut gesehen ab. Das gilt gerade für den Landesstraßenbau. Ich lege das deshalb offen, weil ich auf einem anderen Sessel früher für die gegenläufige Tendenz verantwortlich gewesen bin. Dieses Thema wird uns hier im Plenum und in den Ausschüssen garantiert beschäftigen. Es gibt weitere Bereiche - auch die ökologische Ausrichtung der Landnutzung -, in denen Sparbeträge festgehalten worden sind. (D)

Ich will zum Abschluss noch einmal deutlich machen, meine Damen und Herren, dass wir in der Tat an einer sehr grundsätzlichen Überarbeitung unserer Förderkonzeptionen, der Grundsätze im Bereich der Förderpolitik des Landes angelangt sind. Ich will sieben Punkte aufzählen.

Erstens. Das Land kann und darf sich nicht automatisch in allen gesellschaftlichen Belangen engagieren, sondern erst dann, wenn klar und deutlich

(Minister Peer Steinbrück)

(A) erkennbar ist, dass gewünschte und notwendige Maßnahmen nur unter Beteiligung des Landes zustande kommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Das erfordert eher häufig als gelegentlich ein breites Kreuz, und zwar nicht nur vom Finanzminister, sondern auch von den Abgeordneten dieses Hohen Hauses,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

um Forderungen auf öffentliche Förderung und Alimentation - in vielen Fällen haben wir es mit Alimentationserwartungen zu tun - abzuwehren. Das ist ein Punkt, der von der rot-grünen Koalition in Berlin im Augenblick vorexerziert wird. Jedes Nachgeben, meine Damen und Herren - das will ich deutlich herausstellen -, verletzt das Gebot der Gerechtigkeit, nämlich dasjenige der Generationengerechtigkeit. Machen wir uns nichts vor: In den meisten öffentlichen Haushalten leben wir über unsere Verhältnisse. Das müssen die Generationen unserer Kinder und Enkelkinder mit dem dann drohenden Kapitaldienst, der von ihnen übernommen werden muss, geradebiegen.

(B)

Zweitens. Sofern die geförderten Maßnahmen später Erträge abwerfen - solche Fälle gibt es ja -, muss der Staat entsprechend daran beteiligt werden. Warum soll er darüber nicht einen "return on investment" erzielen? Darlehen anstelle verlorener Zuschüsse ist in diesem Zusammenhang die Devise. Die Rückzahlungen sollten dazu genutzt werden, zusätzliche Investitionen anzustreben.

Drittens. Das Verständnis von Förderung darf sich nicht auf Geld reduzieren. Ich glaube, in vielen Fällen kommt es darauf an, dass der Staat, die Landesregierung, die Verwaltung sehr viel stärker Dienstleistungen erbringen. Das können Beratungsdienstleistungen sein, das können Garantien und Bürgschaften sein, das kann die Vermittlung von Grundstücken sein, das kann auch ein anderer Stil im Vorfeld von formalen Genehmigungsverfahren sein, das können auch verbindliche Zusagen im Bereich der steuerlichen Behandlung sein, um einen eigenen Bereich zu zitieren. Das alles sind nicht zwingend Maßnahmen des Landes, die automatisch mit Geldausgaben verbunden sind, die für den Standort Nordrhein-Westfa-

len aber eine nicht minder große Bedeutung haben können. (C)

Viertens. Wir müssen klare Prioritäten setzen: Investitionen gebührt der Vorrang vor konsumtiven Ausgaben. Ich weiß, der vorliegende Haushalt wird dieser Zielsetzung noch nicht in dem Umfang, den ich selbst für richtig halte, gerecht. Aber das Umsteuern von konsumtiven zu investiven Ausgaben ist ein langwieriger und schwieriger Prozess.

Fünftens. Wichtig bleibt: Bei den konsumtiven Ausgaben muss der Bildungsbereich in Zukunft eindeutige Priorität haben.

Sechstens. Auch EU-Programme gehören auf den Prüfstand. Die Politik des goldenen Zügels, durch die das Land in vielen Bereichen zu einer Förderung politisch quasi genötigt wird, weil von der europäischen Ebene Geld fließt, darf nicht der alleinige Maßstab für die Bereitstellung von Komplementärmitteln des Landes sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Siebtens. Um die Förderprogramme noch effizienter zu machen, werden wir ein geeignetes Programmcontrolling entwickeln. Die Landesregierung wird einen Förderbericht auflegen. Die Arbeiten hieran haben begonnen. (D)

Mir bleibt ein Hinweis, meine Damen und Herren, für den ich um Verständnis werbe: Es wird für die Ausschussberatungen zusätzlich zwei Ergänzungsvorlagen der Landesregierung geben müssen. Diese Ergänzungshaushalte enthalten im Wesentlichen die Auswirkungen der Verwaltungsmodernisierung. Der erste Ergänzungshaushalt, der nach Lage der Dinge Mitte Januar vorliegen wird, enthält im Wesentlichen die Errichtung von vier Landesbetrieben, darunter den Landesbetrieb Straßenbau.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Minister, ich darf Sie darauf hinweisen, dass die vorgesehenen 45 Minuten Redezeit abgelaufen sind.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Vielen Dank, Herr Präsident.

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Der erste Ergänzungshaushalt wird sich auch auf die Integration von vier Landesoberbehörden in die Bezirksregierungen erstrecken.

Die zweite Ergänzungsvorlage wird sich mit der Umsetzung des Sondervermögens "Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW" beschäftigen. Es mag Ihnen ein Hinweis darauf sein, wie schwierig es ist, aktuell alles umzusetzen, wenn ich Ihnen sage, dass davon ungefähr 1.000 Haushaltspositionen betroffen sind.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Mit dem Haushaltsentwurf 2001 und den beiden Ergänzungsvorlagen müssen wir sehr schwierigen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Dieser Haushalt kann nur der Auftakt sein, um mittelfristig politische Gestaltungsspielräume zu erhalten und zurückzugewinnen.

Wir müssen zu strukturellen Veränderungen im Haushalt kommen, indem wir einerseits den Anteil der indisponiblen Ausgaben im Haushalt verkleinern und auf der anderen Seite die konsumtiven Ausgaben zugunsten von Investitionen zurückdrängen. Dazu brauche ich Ihre Unterstützung.

- (B) Für die Landesregierung und, so glaube ich, auch für den Landtag gilt gemeinsam der Spruch, dass das schöne Gefühl, Geld zu haben und es auszugeben, nicht so intensiv ist wie das höchst frustrierende Erlebnis, kein Geld zu haben. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir uns diese letztere Erfahrung bei der Beratung des Haushaltes mit Blick auf bestimmte Anspruchs- und auch Erwartungshaltungen gemeinsam ersparen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister.

Als Nächstes erteile ich das Wort Herrn Innenminister Dr. Behrens zur **Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes.**

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2001 steht ganz im Zeichen der großen Steuerreform, die Kollege

Steinbrück hier umfassend und ausreichend gewürdigt hat. (C)

Erstmals seit Jahren weist der verfügbare Verbundbetrag keine Steigerungsrate auf. Gegenüber dem Nachtragshaushalt 2000, den der Landtag hier vor wenigen Wochen beschlossen hat, stehen den Gemeinden und Gemeindeverbänden 747,7 Millionen DM - das sind 5,2 % - weniger zur Verfügung als in diesem Jahr. Insgesamt weist der Gesetzentwurf einen verfügbaren Verbundbetrag von rund 13,75 Milliarden DM aus.

Die Gründe, meine Damen und Herren, liegen auf der Hand. Die Mindereinnahmen allein aus den Steuerrechtsänderungen in Höhe von rund 5,5 Milliarden DM bleiben im Finanzverbund von Land und Kommunen nicht ohne Konsequenzen. Und auch die Ergebnisse der November-Steuerschätzung ändern daran nichts, da es keine nennenswerten Veränderungen bei den zu erwartenden Einnahmen der Verbundsteuern gibt.

Dieses Ergebnis ließe sich sicherlich schönreden. Ich könnte z. B. den Nachtragshaushalt als Vergleichsmaßstab außer Betracht lassen, dann fiel der Rückgang der Mittel um mehr als die Hälfte geringer aus. Ich könnte auch darauf hinweisen, dass den Gemeinden aus der Abrechnung des Steuerverbundes 1999 insgesamt noch rund 401 Millionen DM im nächsten Jahr nachgezahlt werden. (D)

Zusammenfassend könnte ich dann feststellen, dass die Kommunen damit insgesamt im Jahre 2001 mehr Mittel in der Kasse haben als zu Beginn des Haushaltsjahres 2000.

Aber obwohl das alles so auch seine Richtigkeit hätte: Man darf - und ich will das auch nicht tun - das Ergebnis insgesamt nicht schönreden. Den Kommunen stehen im nächsten Haushaltsjahr deutlich weniger Mittel zur Verfügung. Ich bin mir darüber im Klaren, dass die Konsolidierungsbemühungen der Kommunen damit auf eine harte Probe gestellt werden, obwohl sich die Finanzlage der Kommunen 1999 insgesamt positiv entwickelt hat.

Im Gesamtsaldo von Einnahmen und Ausgaben aller kommunalen Verwaltungs- und Vermögenshaushalte konnte mit rund 360 Millionen DM erneut ein Finanzierungsüberschuss erzielt werden. Im Vergleich zum positiven Finanzierungssaldo des Jahres 1998 von rund 1,4 Milliarden DM ist